

01.03.2020 - Tarifrunden 2020

Eine Übersicht

dokumentiert

Für mehr als 10 Millionen Beschäftigte verhandeln die DGB-Gewerkschaften in diesem Jahr neue Vergütungstarifverträge.

Nachstehend werfen wir ein paar Schlaglichter auf die kommenden Monate. Die Angaben stützen sich vor allem auf das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, ergänzt mit ein paar Anmerkungen. In Klammern findet sich die Anzahl der Beschäftigten.

März

Textile Dienste: Für die Reduzierung der Arbeitszeit auf 37 Stunden verlangten die Arbeitgeber im Februar einen Verzicht auf angemessene Lohnerhöhungen. Neben der Arbeitszeitverkürzung und 5 Prozent mehr Geld will die IG Metall auch eine Fortführung und Verbesserung der Altersteilzeit. Ab 1.3. sind Warnstreiks möglich. Die Gegenseite droht mit der Auflösung des Arbeitgeberverbands intex, wenn es zu keiner Einigung kommt.

April

Metall- und Elektroindustrie (3,78 Millionen): Die Friedenspflicht endet am 28.4.

Bauhauptgewerbe (850000): Die IG BAU fordert 6,8 Prozent und mindestens 230 Euro pro Monat, Auftaktverhandlung ist am 19.3.

Außerdem: Volkswagen AG (115000); Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern (157000); Kunststoff verarbeitende Industrie Bayern, Ost (112400).

Mai

Deutsche Post AG (140000);

Hotel- und Gaststättengewerbe Weser-Ems (Oldenburg), Nordrhein-Westfalen (142000).

Juni

Tarifvertrag «Nahverkehr» (TVN): Zum 30.6. endet die Friedenspflicht für die Beschäftigten der kommunalen Nahverkehrsbetriebe in zahlreichen Bundesländern. Ver.di setzt hier auf starke Bündnisse, u.a. mit Fridays for Future, um die Fragen von

Arbeitsbedingungen, Ausbau des ÖPNV und Fahrpreisgestaltung zu verbinden. Diese Tarifrunde bietet die Chance, starke Akzente für eine sozial-ökologische Verkehrswende zu setzen und Klima- und Arbeiterbewegung zu verknüpfen.

Außerdem: Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (64000).

August

Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden (2,712 Millionen): Zur Vorbereitung wurde eine Befragung zur Arbeitszeit durchgeführt, an der 210000 Beschäftigte teilnahmen.

Die Wahlmöglichkeit zwischen mehr freier Zeit und mehr Geld ist für 95 Prozent der Befragten von großer Bedeutung. In der Umfrage wurde auch danach gefragt, was die Voraussetzungen sind, um tatsächlich eine freie Wahl zu haben. Ob es auch die Wahl gab, Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich zu verknüpfen. Ein Ergebnis der Umfrage war nämlich auch, dass 70 Prozent jetzt schon länger arbeiten als vertraglich vereinbart. Wichtiges Thema für die Befragten war außerdem eine sofortige Angleichung der Arbeitszeit in Ost an West. Spannend wird, inwiefern die Kämpfe um den TVN mit dem öffentlichen Dienst verbunden werden.

Außerdem: Kunststoff verarbeitende Industrie Hessen 20300.

September

Ver.di strebt einen bundesweiten Tarifvertrag für die bisher fragmentierten Tarifverträge im Bereich Bodenverkehrsdienste an Flughäfen an, auch als Reaktion auf den starken Unterbietungswettbewerb. Festgelegt werden sollen auch klare Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen und eine Kopplung an den öffentlichen Dienst. Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch rund 500 Koffer pro Tag, Arbeit bei Wind und Wetter zu flexiblen Zeiten sind hoch. Ab September wird mit Streiks des Bodenpersonals gerechnet, das betrifft unter anderem auch Berlin, wo zu dieser Zeit der Hauptstadtflughafen eröffnet werden soll.

Außerdem: Dachdeckerhandwerk (88000).

Oktober

Maler- und Lackiererhandwerk (123000);

Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen (60100);

Bäckerhandwerk Schleswig-Holstein/Hamburg, Berlin, Brandenburg (16600)

November

Privates Verkehrsgewerbe Bayern (128000)



Sozialistische Zeitung

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de

Dezember

Gebäudereinigerhandwerk (460000);

Bewachungsgewerbe in verschiedenen Regionen (153000);

Kali- und Steinsalzbergbau Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen,
Sachsen-Anhalt, Thüringen.